

**SPD****Freie FDP  
Demokraten****Gemeinsam für Seligenstadt**

Eingang Stv-Büro: 01.11.2020  
Drucks. 16-350/I/1498 16-21 A

Präsidium der  
Stadtverordnetenversammlung  
Marktplatz 1  
63500 Seligenstadt

Seligenstadt, den 1. November 2020

**Antrag Drucksache: 16-350/I/1498 16-21  
Bekanntnis zur Humanitären Verantwortung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Seligenstadt bekräftigt ihre Bereitschaft, im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und im gesamteuropäischen Regelungskontext, ihrer rechtlichen und humanitären Verantwortung gegenüber Fluchtuchenden jederzeit und nach bestem Gewissen und Vermögen nachzukommen. Sie appelliert an die Bundesregierung, nachdrücklicher und effektiver als bisher - als Mitglied der Europäischen Union und als souveräner Staat - dafür einzustehen, Griechenland, Italien und andere Grenzländer der Europäischen Union bei der menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen und insbesondere bei der zügigen Durchführung rechtsstaatlicher Asylverfahren zu unterstützen.

Begründung:

Die Lage an den europäischen Außengrenzen insbesondere auf der Insel Lesbos hat gezeigt, dass die effektive Durchführung rechtsstaatlicher Asylverfahren und eine menschenwürdige Unterbringung wesentlich für die Akzeptanz der europäischen Asylpolitik ist. Auch europäisch geführte Erst – Aufnahmeeinrichtungen sind nicht immer im Stande, die Asylverfahren in zeitlicher und rechtlicher Hinsicht zu bewältigen. Durch die Corona Krise wurde der Zustand noch zusätzlich verschärft. Die Bundesregierung soll daher von kommunaler Ebene aufgefordert werden, Griechenland und Italien in logistischer und finanzieller Weise und über die bisherigen anerkanntenswerten Bemühungen hinaus, Unterstützung anzubieten, hier eine Verbesserung zu bewirken.

*D. Fuchs  
M. Müller*

SPD-Fraktion

*Susanne Kieß*

FDP-Fraktion

*Jürgen Kraft*

FWS-Fraktion